

Bezugspreis:

Für den Monat August 20.— M. ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

MORWÖRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 23. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Unannehmbare Garantieforderungen.

Die Reparationsverhandlungen.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den in Berlin ...

Der bisherige Verlauf der Verhandlungen läßt erwarten, daß ...

Paris, 22. August. (G.) Aus Berlin wird dem „Temps“ ...

Die deutsche Regierung hat eingesehen, daß die Forderungen ...

Der Gegensatz zwischen den beiden vorliegenden Redungen ...

Das Kohlenloch.

Eine Vertretung der Bergarbeiterinternationale, bestehend ...

Die Gründe für Poincarés Halsstarrigkeit.

Poincarés intransigente Haltung gegenüber Deutschland, die ...

Englisches Mißvergnügen an Poincaré.

London, 22. August. (W.B.) „Daily Chronicle“ über ...

einen Bruch der Entente bedeutet hätte. Die Rede werde die ...

Die „Times“ schreibt, man konnte kaum erwarten, daß Poincaré ...

„Westminster Gazette“ bemerkt: Deutschland hat ein scharfes ...

„Daily Telegraph“ schreibt, Poincarés Politik zeige ungeschick ...

London, 22. August. (W.B.) Die Londoner Abendpresse führt ...

Sozialistische Kritik.

Paris, 22. August. (W.B.) „Peuple“ sagt zu der Rede Poincarés ...

Verhaftungen in Straßburg.

Straßburg, 22. August. (W.B.) Die Polizei hat, wie die ...

Die Pariser „Presse“ veröffentlicht einen Protest der Straßburger ...

Tschitscherin ohne Visum — zurück.

Paris, 22. August. (W.B.) Wie das „Echo de Paris“ aus ...

Deutschlands Kohlenversorgung.

Von Heint. Köppler.

Deutschland ist Kohleneinfuhrland geworden, obgleich es ...

Eine deutsche Kohlenverteilung, die so, wie ihr unterstellt ...

Was ist die Wahrheit? Die deutsche Kohlenverteilung ist bereit, ...

„Zwar erhält Polen das Eisenbahngelände des Gebietes, das ihm ...

Was hier in Kenntnis des oberschlesischen Gebietes und auch ...

Verkehrssperren schon seit Wochen verhängt werden, manchmal an allen Grenzübergängen zugleich. Beladene Eisenbahnzüge stehen stundenlang an den Grenzübergängen und harren der Abfertigung. Die den Polen überlassenen Lokomotiven sind schon vielfach zugrunde gerichtet. Diesen Umständen ist es zuzuschreiben, daß Deutschland in der Hauptsache englische Kohle eingeführt hat und die Bergleute in Polnisch-Oberschlesien schon 2 bis 3 Tage in einer Woche wegen Absatzstörungen feiern mußten. Nicht deutscher böser Wille, sondern polnische Unfähigkeit verhinderte die Kohleneinfuhr aus Polnisch-Oberschlesien nach Deutschland. Das mußte einmal klar ausgesprochen werden, um der Legendebildung vorzubeugen.

Daß die englische Steinkohle bei der Einfuhr gegenüber der tschechischen bevorzugt wurde, geschah, weil sie billiger ist als tschechische Kohle. Eine Tonne Ruß-, Stück- oder Würfelkohle kostet ab Grube der Tschechoslowakischen Republik 409 bis 410 Kronen. Hinzu kommen noch ungefähr 7 Kronen Regie- und statistische Gebühren, was einem Durchschnittspreis von ungefähr 415 Kronen entspricht. Das ergibt nach dem Kursstand vom 19. August einen Preis von 15 584 M. für eine Tonne tschechischer Steinkohle ab Grube.

Der Preis für englische Kohle gleicher Sorte, aber höherer Güte beträgt ab Grube rund 30 Schilling. Dies sind nach dem Kursstand vom 19. August 8 403 M. je Tonne. Der Preisunterschied beträgt ab Grube rund 7180 M. Um diesen Betrag ist die tschechische Steinkohle teurer wie die englische. Diese Differenz wird auch durch die höheren Transportkosten aus England nicht ausgeglichen. Damit dürfte das Rätsel, warum die englische Kohle bei der Einfuhr nach Deutschland bevorzugt wurde, gelöst sein.

Das erstrebenswerteste Ziel ist, die Produktion im eigenen Lande so zu steigern, daß jede Kohleneinfuhr überflüssig ist. Es ist Deutschland ganz unmöglich, auf längere Zeit dieselben Kohlenmengen einzuführen, die es in den letzten Monaten einführen mußte, um der dringenden Kohlennot abzuhelfen. Das würde auf die deutsche Handelsbilanz ungeheuerlich einwirken. Außerdem benötigt Deutschland die geringen ihm noch verbleibenden Mittel zur Einfuhr von Nahrungs- und Futtermitteln sowie Rohstoffen, die es in seinem Lande nicht besitzt.

Die Bergarbeiter des größten deutschen Kohlenbeckens, des Ruhrreviers, haben sich wiederholt der Frage der Mehrproduktion von Kohle befah. Letztlich noch in einer Vertrauensmännertagung des Bergarbeiterverbandes. Hier wurde durch einen einstimmigen Beschluß die Bereitschaft zum Eintritt in Verhandlungen befundet, in welchen, wenn möglich, ein Abkommen zur Leistung von Ueberarbeit vereinbart werden soll. Aus dem Beschluß spricht der Wille, der armen deutschen Republik beim wirtschaftlichen Aufbau behilflich zu sein, die eigenen Kräfte über das vorgeschriebene Maß der bestehenden Arbeitszeit hinaus in den Dienst der Volksgemeinschaft zu stellen. Die Verhandlungen sollen noch im Laufe dieser Woche beginnen. Wir geben ungeachtet des Gezeters von Miesmachern und Ignoranten der Hoffnung Ausdruck, daß sie zu einem guten Abschluß führen.

Was die Bergarbeiter zu leisten bereit sind, soll nicht geschehen im Interesse einiger Kohlenmagnaten, wie von kommunistischen Wirtstöpfen behauptet wird, sondern im Interesse des deutschen Volkes ausnahmslos, nicht zuletzt im Interesse jener Arbeitermassen, die in allen anderen Industrieorten tätig und die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, wenn die Kohlendede aus der eigenen Landesproduktion nicht verlängert wird. Das haben die Bergarbeiter erkannt und sie sind durch Leistung von Ueberarbeit zur Abhilfe bereit. Dafür gebührt ihnen der Dank des gesamten deutschen Volkes.

Der Landeshauptmann für die Provinz Grenzmark. Bürgermeister Genosse Dr. Caspari in Brandenburg, der vor wenigen Wochen zum Landeshauptmann der Provinz Westpreußen-Grenzmark gewählt wurde, ist jetzt vom preussischen Innenminister bestätigt worden.

Oesterreich von heute.

Das ist der erste Eindruck: man gibt einem kleinen Jungen, der ein Gefäß mit zwei Minuten lang trägt, 100 Kronen und erhält zur Antwort, daß dieser Betrag nicht für eine Semmel reicht. Man beginnt zu ahnen, daß das Valutaproblem das Problem Oesterreichs ist, das sich — nach seinem Friedens-„Vertrag“ — nicht Deutschland nennen darf. Man fragt sich: zehrt diese Stadt noch von den Resten der Vergangenheit oder lebt sie, weil irgendwelche neuen schöpferischen Kräfte in ihr, an ihr wirksam sind? Aber das Gesetz der mechanischen Fortwirkung der einmal in Bewegung gesetzten Kraft gilt nicht ewig, und so glaubt man — glaubt man gern und hoffend —, daß doch neuer Antrieb vorhanden ist. Sieht man ein wenig näher zu, so erkennt man bald seinen Ursprung: er liegt in der Arbeit, im unaufhörlichen Produktionsprozeß, der auch hier ewig wirksam ist.

Der Wiener Proletariat ist so recht ein Geschöpf aus Tantalus' Gefolge; er schafft — und weiß nicht wofür; er steuert — und weiß nicht wohin; aber der Wille zum Leben ist auch in ihm mächtig, und der Trost des Prometheus: Ruht mit meine Hütte doch lassen stehen! lebt auch in ihm. Doch ärmlich genug ist diese Hütte. Unten, am Südbahnhof, sind lange, endlos lange Straßenzüge, die verwirrt und grau gen Himmel starren und in schweigender Antlitz einer Welt Urteil sprechen, die nicht will, daß der Mensch sein farges Stück Brot auch nur einmal ohne Tränen ißt. Wo Bäume und Blumen in Berlin dem Proletariat ein wenig Abglanz von jener Sonne schenken, die seit den Götterzeiten Griechenlands ihr freundlichstes Gesicht den Besitzenden zeigt, da drohen in Wien düstere Mauern, die uns ahnen lassen, welche eine Welt von Schrecken hinter ihnen vegetiert.

Eine tiefe Resignation hat die Menschen hier erfaßt. Das spürt man, wenn man ein wenig tiefer schürft und durch die Liebenswürdigkeit und den Leichtsinns, die das Volk hier immer noch auszeichnen, hindurchgedrungen ist. Es erscheint rätselhaft, wie der Einheimische mit seiner trostlosen Valuta bestehen kann, soweit er nicht spekuliert oder einem der zahllosen Fremdenausbeutungsberufe angehört. Kann ein Volk, so fragt man sich, kaufmännisch reell bleiben, dem täglich, stündlich der Hunger vor Augen steht? Rechnet man den Wert von 100 Kronen heute gleich 1, so ist er morgen auf 1/2 gesunken. Die Straßenbahnfahrt steigt von 250 auf 400, der Brief von 25 auf 100 Kronen. Bekleidungsgegenstände sind längst undabegreifbar geworden: ein Anzug mäßiger Qualität 500 000 Kronen, eine Krawatte 20 bis 60 000 Kronen, ein Hemd 200 000 Kronen usw. Ein paar Lebensmittelpreise: Ein Kilo Butter 32 000 Kronen, ein Kilo Wurst 40 bis 60 000 Kronen, ein Stück Torte 1500 Kronen, kurz eine Preisentwicklung, die auch von dem Einheimischen als durchaus als in der Linie der russischen Entwicklung gelegen bezeichnet wird.

Und dann das Fremdenproblem. Der Dollar beherrscht auch hier die Welt. Der Amerikaner lebt mit zwei Dollar täglich herrlich und in Freuden und ist über die Preise entzückt, die den Wiener zur

Bayern gibt nach.

Nach dem langen Hin und Her, das seit Wochen die Gemüter in München erregte, und im Reiche den Glauben an die Festigkeit der Reichsregierung zu erschüttern drohte, hat man sich jetzt in München doch entschlossen, von weiterem Widerstande gegen die Einführung des Schutzgesetzes Abstand zu nehmen und die Rotverordnung außer Kraft zu setzen. In diesem Sinne hat die bayerische Regierung die Reichsregierung am Dienstagabend benachrichtigt, daß sowohl sie wie die bayerischen Koalitionsparteien dem Berliner Protokoll auf Grund der letzten Rücksprachen in Berlin zugestimmt habe. Die verfassungswidrige Rotverordnung der bayerischen Regierung soll danach am Mittwoch aufgehoben werden, fünf Tage später, als in dem Berliner Protokoll vereinbart war. Gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Aufhebung soll das Ergebnis der Berliner Besprechungen und eine Motivierung des zustimmenden Beschlusses veröffentlicht werden.

Es ist anzunehmen, daß damit der Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche für diesmal erledigt sein wird. Nichtsdestoweniger wird man aber im Reiche an diesen durch bayerische Eigenbrötelei herausbeschworenen und angefangenen schwersten auswärtigen Druckes aufrechterhaltenen Konflikt noch lange sich erinnern müssen. Schon der Gedanke, den die bayerische Regierung zur Begründung ihrer Rotverordnung aussprach, daß die Einführung eines Schutzgesetzes in Bayern zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit führen könnte, ist ein so absurder, daß er aus einem Witzblatt stammen könnte. Man stelle sich einmal vor, daß irgendein anderes deutsches Land eine ähnliche Begründung hervorbringen würde, um die Durchführung von Reichsgesetzen zu verhindern! Bald würde man wieder ins Mittelalter zurückfallen, wo zwar der Kaiser und sein Reichstag die wunderbarsten Verordnungen und Gesetze erließen, aber die Landesfürsten, Bischöfe und die Freien Reichsstädte von all diesen Verordnungen nur gerade so viel ausführten, wie es in ihrem Interesse zu liegen schien. Einen solchen Rückfall in die mittelalterliche Zerissenheit will sicher auch die Mehrheit des bayerischen Volkes nicht. Darüber können auch die Demonstrationen der in München eingewanderten altpreussischen Neubayern nicht hinwegtäuschen.

Ruhe in München.

München, 22. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach amtlicher Mitteilung hat die Beratung des neuen Berliner Verhandlungsergebnisses durch das bayerische Kabinett ergeben, daß die bisherigen Bedenken gegen das Berliner Protokoll im wesentlichen behoben sind. Eine Mitteilung über den Inhalt der Berliner Verhandlungen soll erst erfolgen, wenn die Koalitionsführer zugestimmt haben. Auch die Stimmen der Reichspresse lassen erkennen, daß man sich bei den Regierungsparteien mit dem Verhandlungsergebnis abzufinden gedenkt, wobei man allerdings offenbar den Kampf nur auf einen gelegeneren Zeitpunkt zu verschieben beabsichtigt. Die „Münchener Zeitung“ ruft bereits für diesen zukünftigen Kampf die übrigen deutschen Länder, insbesondere die Süddeutschen, zur Bundesgenossenschaft an der Seite Bayerns an. Störungen des Abschlusses selbst dürften nunmehr nur noch von der Straße her möglich sein, wenn es den extremen Gruppen gelingen sollte, diese aufs neue zu mobilisieren und die Regierungsparteien wiederum unter Druck zu stellen.

Kennzeichnend ist die jeder journalistischen Kollegialität hohnsprechende Art, wie die bürgerliche Presse Münchens zu dem bei der Hindenburg-Feier erfolgten gemeinsamen Ueberfall auf den Richtermeister des „Vorwärts“, Genossen Schühlinger, Stellung nimmt. Die „Staatszeitung“ verschweigert die schweren Mißhandlungen und findet nicht einmal eine Andeutung eines Tadels für die Täter. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ finden zwar den Vorfall „unliebsam“, benutzen aber im übrigen die Gelegenheit, um sich über den „Königlichen Hauptmann a. D. Schühlinger“ und „Agitator des Republikanischen Reichsbundes“ lustig zu machen. Die „München-Kugsburger Abendzeitung“ findet

es sogar „begreiflich“, daß die Teilnehmer in dem einen Gedanken einig waren, daß sie Vertreter des Internationalismus, der uns in das Unglück gestürzt habe, nicht zu sehen wünschen.“

Hilfe den Sozialcentnern.

Die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen hat den Reichsarbeitsminister ersucht, dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages gemäß dem Ermächtigungsgesetz schleunigst eine Vorlage zur Erhöhung der Bezüge der Sozialrentner zugehen zu lassen.

Altersgrenze für Reichsbeamte.

Dem Reichstag wird in den nächsten Tagen der Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer Altersgrenze für Reichsbeamte zugehen. Das Gesetz will, wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst mitteilt, den § 60 des immer noch in Kraft befindlichen Reichsbeamtengesetzes von 1873 in der Weise ändern, daß Reichsbeamte mit dem auf die Vollendung des 65. Lebensjahres folgenden 1. April oder 1. Oktober in den Ruhestand versetzt werden. Für die richterlichen Reichsbeamten sollen die genannten Termine nach der Vollendung des 68. Lebensjahres in Betracht kommen. Hinter dem § 60 soll ein neuer Paragraph eingefügt werden, der die Versetzung in den Ruhestand um ein Jahr hinauschiebt, wenn besondere Interessen des Reiches die Fortführung der Dienstgeschäfte durch einen bestimmten Reichsbeamten erfordern.

Die Reichsbeamtenorganisationen sollen noch im Laufe dieser Woche gutachtlich über den Entwurf gehört werden. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden im allgemeinen mit dem Gesetzentwurf einverstanden sein können. Er bringt dem Nachwuchs in der Beamtenschaft mehr Aussichten, planmäßige Stellen zu besetzen, als das augenblicklich der Fall ist. Außerdem dürfte auch eine Verjüngung des Beamtentkörpers und damit die Demokratisierung der Verwaltung nicht unerheblich beschleunigt werden.

Preußen und Groß-Hamburg.

Wie die B.M. hören, soll die Absicht bestehen, angesichts der Aussichtslosigkeit einer Verständigung zwischen Preußen und Hamburg über die Groß-Hamburg-Frage das Staatskommissariat für Groß-Hamburg am 30. September dieses Jahres überhaupt eingehen zu lassen. Staatskommissar Dr. Sadekum würde dann aus seinem Amte scheiden und die Angelegenheit Groß-Hamburg neben den anderen laufenden Geschäften im Staatsministerium bearbeitet werden. Eine Veränderung der Politik Preußens würde dadurch zweifellos nicht erfolgen, da die Tätigkeit des Staatskommissars Dr. Sadekum vollständig im Einklang mit der preussischen Regierung und der übergroßen Mehrheit des zuständigen Landtagsausschusses erfolgte.

Neue Lohnregelung im Bergbau.

Am Donnerstag Leginnen in Berlin die Verhandlungen über die neuen Lohnforderungen der Bergarbeiter. Wie der Soz. Parlamentsdienst erfährt, beabsichtigen die Arbeiterorganisationen eine Erhöhung der Schichtlöhne um 130 bis 140 M. zu fordern. Im Anschluß an die Lohnverhandlungen sollen Verhandlungen über den Abschluß eines Niederschichtenabkommens erfolgen. Die Kohlenförderung geht ständig zurück, während die Anforderungen in Anbetracht des kommenden Winters immer größer werden. Der Rückgang der Kohlenproduktion ist in der Hauptsache zurückzuführen auf die Abwanderung der Bergarbeiter in die Industrie. Während im Frieden auf 100 Bergleute circa 52 Hauer kamen, ist diese Zahl auf 39 bis 40 zurückgegangen. Trotzdem hat die Hauerleistung annähernd den Friedensstand erreicht, ihn in vielen Fällen sogar überschritten. Die Abwanderung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet allein beläuft sich in den letzten 7 Monaten auf 25 000. Die Bergarbeiter gehen vor allen Dingen in die Bauindustrie, wo bedeutend höhere Löhne gezahlt werden.

Verzweiflung treiben (gegenwärtig erhält man für einen Dollar 62 000 Kronen; doch wechselt der Kurs stündlich). Man braucht die Fremden, weil sie den Produktionsprozeß in Gang halten; aber man weiß genau, daß sie das Elend der Bevölkerung vertiefen. In den Straßen, in den Geschäften besonders hört man tschechisch, italienisch, englisch, französisch sprechen, und man weiß Bescheid. Aber bleiben die Fremden aus, so stockt der Verkehr, dann wehe Oesterreich!

Wirds findet die theoretische Lehre von der Zuspitzung der Klassengegensätze eine praktischere, eine furchtbarere Bestätigung als hier. Gibt es noch einen Mittelstand? Kaum, oder doch nicht mehr sichtbar. Man mag das als konsequenter Marxist begrüßen, weil es der Entscheidung, der großen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, näher führt; unzweifelhaft ist, daß der unaufhaltbare Prozeß namenloses Elend über die Betroffenen bringt.

Wie kann diesem herrlichen Land, diesem unglücklichen Volk geholfen werden, fragt man sich stündlich und vermag die Frage kaum noch schlichtern zu beantworten. Man hofft — auch als Sozialist — auf die Unterstützung der Entente, die im Augenblick mehr zu tun hat, als dem irgendwo da unten liegenden Oesterreich zu helfen. Man hofft seit einem Jahr und länger, vergeblich; aber man sieht: sterben kann dieses Volk nicht, dessen Natur gefeget, dessen Heimat begnadet ist.

Die Wiederherstellung des Lachener Münsterchores. Der herrliche gotische Chor des Lachener Münsters ist durch eine der schwierigsten und denkwürdigsten Restaurierungen, die je ausgeführt wurden, glücklich gerettet. W. A. Luz schildert in der „Kunstchronik“ diese Tat des deutschen Denkmalwesens. Die Sprungbildungen, die im Gewölbe schon seit langem wahrgenommen waren, erwiesen sich bei näherer Untersuchung im Laufe des Krieges als so gefährlich, daß schleunigst Abhilfemaßnahmen getroffen werden mußten. Die östlichen Strebepfeiler des Chors standen bis zu 13 Zentimeter über und die Gewölbe ruhten nur noch teilweise auf den tragenden Diensten. Die gotischen Baumeister hatten sich nämlich, um ihrer überaus kühnen Gewölbekonstruktion Halt zu geben, Anschluß an die starken Mauern der karolingischen Grabkapelle gesucht, und den lustigen Chor durch einen Keil von Eisenstäben, der im Mauerwerk verborgen war, an der Kapelle befestigt. Diese Eisenbänder wurden nun im Jahrhundert ausgewechselt, und dadurch mag eine Stärkung im statischen System eingetreten sein. Eine schwere Gefahr erwuchs den Gewölben aber erst im Jahre 1850, als Peter Cornelius bei der Ausführung der Glasgemälde im Domchor in völliger Unkenntnis der strukturellen Bedeutung die Entseinerung der Eisenbänder durchführte, die an den Fensterstüben die Kompositionen des Meisters unterbrachen. Jetzt hatten die Westtürme freies Spiel. Es war, wie wenn ein Paket, das an einem zweiten festgeschürt ist, weggezogen wird, nachdem der Bindfaden irgendwo durchgeschnitten ist. Der Chor wich langsam vor dem Druck des Windes nach Osten aus, während die seit ruhende Kapelle an Ort und Stelle blieb. Bei der Wiederherstellung wurde nun ein eisernes Hilfsgerüst völlig unsichtbar angebracht. Leber dem karolingischen Bau wurde im Dachstuhl eine ringförmige Eisenbrücke angelegt, von der aus diagonale Stangen in den Mauerverband eingriffen. Dieses Gerüst schickte wieder Anker nach den Anknüpfungspunkten der Strebepfeiler aus, und so

ist der ganze Chor wieder befestigt, da auch die Gewölbe Stein für Stein abgenommen und wieder aufgebaut wurden. Die Ausweidung des Chors auszugleichen und ihn so dicht wie früher an die Kapelle heranzuholen, konnte nicht gewagt werden.

Eine Filmstunde bei Jechner. Eine Filmstunde beim Intendanten des Berliner staatlichen Schauspielhauses Leopold Jechner! Eine anregende Stunde! Man lernt um, sieht man, wie er Filmregie führt. Er dreht jetzt den ersten Film seiner eigenen Gesellschaft, Wecklinds „Erdegeist“. Kann man nicht vom „Drehen“ im herkömmlichen Sinne sprechen, wenn man diesen Aufnahmen beigewohnt hat? Wer das Lohmabobu einer Filmaufnahme kennt, dieses Hasten und Schreiben, dieses unnütze Verpuffen von Energien, der wird nicht glauben, sich in einem Filmstudio zu befinden. Bei Jechner ist es Kirchenstil. Fast im Flüsterlaut, höflich, klar, eindringlich schweben die Worte, mit denen er seinem stark persönlichen Regiewillen Ausdruck gibt, durch den Raum; für alle künstlerischen und technischen Mitarbeiter ist die neue Form eine Wohltat. Alra Reisen spielt die Luise. Mit großer Anpassungsfähigkeit wagt sie in die ihr doch eigentlich wesenlose Rolle ganz wecklindisch hinein. Jechner hat übrigens auch den Präzidenten der Bühnengenossenschaft, Rickelt, in diesem Film für das Lichtspiel entdeckt. Das Manuskript stammt von dem Reformator des deutschen Films Karl Mayer und wird ganz ohne Titel sein. Die Dekoration ist auf starke Wirkung gestellt. Und — ohne Treppe.

„Der Elternbeirat“ in neuer Gestalt. In das Herausgeberkonfessionarium der jetzt in vermehrtem Umfang monatlich erscheinenden Zeitschrift „Der Elternbeirat“ (Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin S.W. 68) sind neu eingetreten: Konrad Haenisch, der Staatssekretär Heinrich Schulz, Dr. phil. Rich. Lohmann, die Reichstagsabgeordnete Frau Clara Bohm-Schuch und der bekannte Agitatoren Prof. Dr. Alfred Bretsch. Die Redaktion liegt nach wie vor in den Händen des Direktors A. Poul und des Leiters des Elternbeiratsgedankens Schurats E. Wille. Der Plakatkünstler Lucian Bernhard schuf ein neues Gewand des Blattes, das aufs neue ein Bekenntnis ablegt für den republikanischen Staatsgedanken, den es durch gemeinsame Arbeit von Eltern und Lehrern immer fester in der heranwachsenden Jugend verankern will. Der Verlag sendet Interessenten auf Wunsch Probenummern.

Im Kupferstichkabinett der Staatlichen Museen wurde die Ausstellung zur Geschichte der Votographie geschlossen. An ihrer Stelle werden neu erworben graphische Arbeiten deutscher Künstler gezeigt.

Die Eintrittspreise der Staatstheater müssen vom 1. Sept. ab entsprechend dem gestiegenen Valutastand erhöht werden. Bis auf weiteres soll aber den in Berlin anwesenden deutschen Nationalität sowie solchen vorübergehend in Berlin sich aufhaltenden Reichsdeutschen und Deutschösterreichern eine Ermäßigung um 1/2 der festgesetzten Eintrittspreise gewährt werden. Der Theaterbesucher muß sich an der Opernauflage und bei Eintritt in den Zuschauerraum durch ein amtlich beglaubigtes Lichtbild ausweisen.

Wegen des Schmutz und Schand in der Literatur. Der Berliner Ausschuss zur Bekämpfung der Schmutz- und Schandliteratur veranstaltet zusammen mit dem Groß-Berliner Jugendbüchsen-Vereinsausschuss am 28. und 29. Sept. im Sitzungssaal des Stadtkonzeils einen Vortrag über Wesen und Bedeutung der Schandliteratur in Vergangenheit und Zukunft. Auch ist die Einrichtung von Rufersausstellungen geplant. Die Teilnahme ist unentgeltlich.

Vom Zahn der Zeit.

Goldersatz auf dem Zahnamarkt — Zunahme des Verständnisses für die Zahnpflege.

Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Man hat nie soziale Menschen mit Gold im Munde, mit vergoldeten Zähnen gesehen.

Aus der Praxis.

Die befragten Fachleute erklärten ziemlich übereinstimmend folgendes: Vor dem Kriege hat es eine Fabrikation künstlicher Zähne nicht gegeben.

Zur Vermeidung der Invalidität.

Bei der Landesversicherungsanstalt Berlin am Köpenicker Park beurteilt man die Schäden trotz der bedeutend erhöhten Preise vom rein gesundheitlichen Standpunkte gleichfalls recht hoffnungsvoll.

erreicht. Das bedeutet für die Versicherten relativ eine geistliche Verschlechterung. Trotzdem ist die Landesversicherungsanstalt Berlin so stark in Anspruch genommen worden, daß im Laufe der letzten zwölf Monate nur für Zahnersatz rund zwei Millionen Mark an baren Zuschüssen zur Auszahlung kamen.

Bei den Krankenkassen.

Die Direktion der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin äußerte sich in ganz ähnlicher Art. Die Zunahme des Verständnisses für die Zahnpflege sei erfreulicherweise unverkennbar.

Nach nicht jeder der 20 Groß-Berliner Verwaltungsbezirke hat eine Schulzahnklinik. Wo eine solche schon eingerichtet ist, sind die Ergebnisse sehr verschiedenartig segensreich.

Die Steuerermäßigungen.

Um es jedermann zu ermöglichen, selbst die für ihn in Frage kommenden Steuerabzüge zu berechnen, veröffentlichen wir nachstehend die zugelassenen Sätze.

Mit Wirkung vom 1. August 1922 sind bei jeder Lohnzahlung für den in der Zeit nach dem 31. Juli gezahlten und nach dem 31. Juli fällig gewordenen Arbeitelohn nachstehende Vorschriften in Kraft getreten.

- a) für den Steuerpflichtigen selbst im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um 40.— M., für volle Wochen um 9,60 M., für volle Tage um 1,60 M. und für je zwei angefangene oder volle Stunden um 0,40 M.;

Auf Antrag wird eine Erhöhung der unter d genannten Abzüge zugelassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm zustehenden Abzüge im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1—7 den Betrag von 10 800 M. um mindestens 1200 M. übersteigen.

Soweit bei Beamten oder Angestellten die Zahlung des Gehalts vierteljährlich im voraus erfolgt, sind die Berücksichtigung der ab 1. August 1922 zugelassenen erhöhten Ermäßigungen bei der Zahlung des Gehalts für das vierte Kalendervierteljahr 1922 nachgeholt werden.

Schwerer Baunfall in der Stettiner Straße.

Ein Arbeiter getötet, einer schwer verletzt.

Im Hause Stettiner Str. 10 wird zurzeit die Anlage einer alten Bäckerei abgerissen, um einem Neubau Platz zu machen.

Die Schnelltelegraphisten beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing gestern anlässlich des Internationalen Telegraphisten-Wettstreits das internationale Preisgericht sowie die Sieger im Wettstreit.

Der Sprung in die Welt.

Ein Jungarbeiterroman von Artur Zißler.

Rudi lachte hell auf. „Hunde, die viel bellen, beißen nicht. Warum sind wir in Hamm eigentlich ausgerissen?“

Die Bude des Obermeisters lehnte am Abhang eines alten Schlachthügels inmitten der Werksanlagen. Ein Dutzend Arbeiter, darunter Rudi und Hans, saßen auf dem Gelände vor dem Häuschen und warteten auf den Alten.

Morgens um die fünfte Stunde zerrissen die Schreie der Wertpfeifen Schlaf und Traum. Hans warf die wohlige Wärme des Bettes von sich; das kühle Wasser vertrieb den letzten Rest von Schläfrigkeit.

Der freie Sonntag, der dann folgte, gab ihm Freude und Lebenslust zurück. Dann lies er in den Wald, ein Buch unter dem Arm geklemmt und kannte das Werk so gründlich vergessen, daß er es bei der Heimkehr neugierig und verwundert betrachtete.

sich Hans um, fuhr in die Holzschuhe, die man auf den heißen Matten der Rampe brauchte, holte sich seine Kohlegabel aus dem Schuppen, und wenn das Signal des Schichtwechsels ertönte, hatte er gerade noch Zeit, Rudi die Hand zu drücken.

Nach dem Abendessen setzte sich Hans in das Koloniegärtchen und spielte mit Katharinen, oder er lautete auf die Müdigkeit, die in ihm summete und lang, bis sie ihn ins Bett lockte.

Ueber Sonntag wechselte die Schicht. Hochzeit nannte man den vierundzwanzigstündigen Arbeitstag, der am Sonntag morgens um sechs begann und am Montagmorgen sein Ende fand.

Der freie Sonntag, der dann folgte, gab ihm Freude und Lebenslust zurück. Dann lies er in den Wald, ein Buch unter dem Arm geklemmt und kannte das Werk so gründlich vergessen, daß er es bei der Heimkehr neugierig und verwundert betrachtete.

nichts geschehen. Natürlich würde er hier nicht bleiben, warum sollte er es auch — aber das Leben hätte einen volleren Klang, wenn es Tiefen und Härten kennt; keine Verbe hatte ihm je so hell geungen wie die über dem westfälischen Weizen.

Das geschah eine vorzeitige Wendung. Eines Morgens um die vierte Stunde überstautete sich Hans die linke Hand, die dick anschwoll. Er konnte nicht weiter arbeiten und siedelte ins Hüttenhospital über, das vor der Stadt lag.

Hans fühlte jetzt erst, wie stark ihn die Arbeit gemacht hatte; denn infolge des Nichtstuns rumorten in ihm die Säfte wie toll. Nach acht Tagen hielt er es nicht mehr aus und durfte denn auch das Hospital verlassen und sich zu Hause pflegen.

Bierkämpers hatten inzwischen Zuwachs erhalten. Ihre Tochter Ell, die ein halbes Jahr bei Verwandten gelebt hatte, war wieder zurückgekehrt, ein gut gewachsenes, ein wenig kokettes Mädchen, beinahe so alt wie Hans.

Eines Abends, als Ell spazieren ging, folgte ihr Hans und traf sie am Feldrain wie von ungefähr. Die Luft war sommerlich schwül, und als sie zwischen den Getreidefeldern dahinschritten, wo sie kein Mensch sehen konnte, küßte er sie auf den Mund.

Erweiterung des Tarifwesens, die sich beziehen auf grundsätzliche Festhalten an der 48-Stunden-Woche (8 Stunden täglich), Urlaub, Kurlohn, Krankenlohn, Lohnloseinteilung, Schiedsgerichtsbestimmungen, Beförderung u. a.

Dann hielt Stettin (Vorstand) ein instruktives Referat über die „Betriebsräte“ im Verband und ihre Aufgaben. Die an das Betriebsrätegesetz anfänglich geknüpften großen Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Das Gesetz selbst hat Mängel. Organisatorisch fehlt zwischen den Betriebsräten und dem erstandenen Reichswirtschaftsrat insbesondere das Bindeglied der Bezirkswirtschaftsräte. Ein über das Tageswirken hinausweisendes großes Ziel der Betriebsrätetätigkeit sei ihre praktische Mitwirkung im Produktionsprozess. Solange dem von der Gesetzgebung noch Schranken entgegenzusetzen werden, werde alles Wirken der Betriebsräte auch hier nur Stückwerk sein. Aber sie würden sich auch hier in zähem Kampfe durchsetzen. Alles in allem: das vom Boden des Betriebsrätegesetzes Ergebene stelle eine Plattform dar, von der aus der Kampf der Arbeiterschaft erfolgreicher als früher geführt werden würde. (Lebhafte Beifall.)

Aus der Partei.

Reichsbeamtenbeirat. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei beruft zum Freitag, den 8. September, den Reichsbeamtenbeirat nach Berlin. Es gilt Stellung zu nehmen zu den großen

Fragen, die die sozialdemokratische Beamtenchaft heute beschäftigen. Der Leiter der Beamtenchaft der SPD, Genosse Hermann Wagner wird über „Das Beamtenprogramm der SPD“ referieren. Genosse Kallenberg vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund spricht über „Die Entwicklung des Beamtenrechts“. Die Mitglieder des Reichsbeamtenbeirats werden besonders eingeladen. Bezirke, die nicht direkt vertreten sind, können Gastkarten anfordern, ihr Vertreter, der auf eigene Kosten entsandt werden muß, kann mit vollem Votum an den Verhandlungen teilnehmen.

Arbeitersport.

Die Arbeiterschwimmer auf dem Stadionsfest.

Auch auf die Zuschauertribüne am Schwimmbassin übte der anhaltende Sprühregen am Sonntag seine Wirkung aus — so überfüllt wie sonst war sie nicht. Doch waren der Unentwegten immer noch eine stattliche Anzahl. Den Teilnehmern muß es zum Ruhme nachgesagt werden, daß ihre Leistungen unter dem Regen nicht litten — schließlich war es ja doch ihr Element: das freie „Rohr“. Die Beteiligung war auch eine gute, da fast alle Kreisvereine, selbst der jüngste, der Rathenower, gemeldet und auch erfolgreiche Betreuer gestellt hatten. Nachstehend die erzielten Resultate:

Eröffnungsfahne für Männer, 6 mal 50 Meter. 1. „Vorwärts“-Berlin 2:34, 2. Freie Schwimmer Neukölln 3:24. — Kradschwimmen, 100 Meter, 1. Siepe, „Vorw.“-Berlin 1:27, 2. Grabert, „Vorw.“-Berlin 1:38. — Mädchenbrustschwimmen, 100 Meter, 1. Scharpe, „Vorw.“-Berlin 1:48, 2. Dardt, „Vorw.“-Berlin 1:54. — Schwimmwettkampf, 1. „Vorwärts“-Ber-

lin (2. Mannschaft) 1:20 Punkte. — Männerbrustschwimmen, 100 Meter, 1. Zimmermann, „Vorw.“-Berlin 2:44, 2. Gend, „Vorw.“-Berlin 3:49. — Jugendbrustschwimmen, 1 mal 50 Meter, 1. Weller, Berlin 2:45, 2. „Vorwärts“-Berlin 2:58. — Männerbrustschwimmen, 100 Meter, 1. Freie Schwimmer Neukölln (1. Mannschaft) 5:51, 2. Freie Schwimmer Neukölln (2. Mannschaft) 6:02. — Schülerbrustschwimmen, 6 mal 50 Meter, 1. „Vorwärts“-Berlin 5:11, 2. „Welle“-Berlin 6:10. — Rettungsschwimmen, 100 Meter (50 Meter mit Objekt), 1. Dabrowski, „Vorwärts“-Oberschönewitz, 2. Punter, 2. Weller (Rathenow) 1:56 Punkte. — Damenjugendbrustschwimmen, 100 Meter, 1. Flor, „Vorw.“-Berlin 1:48, 2. Geisler, Neptun-Weißensee. — Männerfreischwimmen, 200 Meter, 1. Lehmann, „Vorwärts“-Berlin 1:25, 2. Bogendorf, „Vorwärts“-Berlin 1:32. — Damenschwimmen, 100 Meter, 1. „Vorwärts“-Berlin 6:13, 2. Freie Schwimmer Oberlichtenburg 6:19. — Männerlamm, 100 Meter, 1. Werner, „Vorwärts“-Berlin 6:30, 2. Klein, „Vorw.“-Berlin 6:34. — Wasserballspiele. Freie Schwimmer Neukölln gegen Freiheit-Berlin, 5:12.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskünfte werden nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Brief muß eine bestimmte Anzahl von Briefmarken und eine Nummer des Briefkastens tragen, die man in der jeweiligen Spaltennummer, links von der Briefkastennummer, einträgt. — Briefe, die nicht in der jeweiligen Spaltennummer, links von der Briefkastennummer, einträgt, werden nicht berücksichtigt. — Briefe, die nicht in der jeweiligen Spaltennummer, links von der Briefkastennummer, einträgt, werden nicht berücksichtigt. — Briefe, die nicht in der jeweiligen Spaltennummer, links von der Briefkastennummer, einträgt, werden nicht berücksichtigt.



Die führende SCHUHMARKE

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Aelter Abonnement 6 1/2 Uhr
Carmen

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr
Peer Gynt

Deutsch. Theat.
8 Uhr: Das Glas
Donnerst. 8: Das Glas Wasser

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen
Do. 8: Der Raub d. Sabinerinnen

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
8: Orpheus in der Unterwelt
Do. 8: Orpheus in d. Unterwelt

Theater i. d. Königgrätz. Str.
8: D. wunderlich. Geschichten des Kapellm. Kreisler

Komödienhaus
8 Uhr: „Gretchen“

Berliner Th.
Letzter Monat
7 1/2 Uhr: Madame Fillet

Central-Theater
8: Ein Prachtmädel
Deutsch. Opernhaus
7 1/2 Uhr: Der Freischütz
Friedrich-Wilhelm-Th.
8 Uhr: Wie Iessala ich meloen Mann
Intimes Theater
1: Die Peitsche und
— Lauf doch nicht immer nackt herum
Lustspielhaus
8 Uhr: Werwolf
Neues Operatt.-Th.
8 1/2 Uhr: Die Mädchen von Davos
Neues Th. am Zoo
8 Uhr: Scampolo
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Bajadere
Schiller-Th. Charl.
8 Uhr: Die kleine Sündlerin
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Prinz Don Juan
Th. a. Nollendorfpl.
8 Uhr: Verliebte Leute
Th. d. Westens 8 Uhr: Heimliche Braut
Theater i. d. Kommod. Str.
8: Liebe u. Trompetenblasen
Wallner-Theater
8 Uhr: Medium
Urania
8 Uhr:
Vom Fels zum Meer

Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Totentanz
Irene Triesch
Paul Blensfeld
Harry Moss

Komische
7 1/2 Uhr: Oper 7 1/2
Der Meister vom Montmartre
Offenbachs Liebesb.

Casino-Theater
8 Uhr: Die Berlin-Pass
Lämmelmanns
Bummelfahrt

Berliner Prater-Th.
Kastanienallee 7-9
Persönl. Gastspiel
Bernhard Rose in:
Nur nicht drängeln
u. Das deutsche Lied
Beginn 8 Uhr.

Theat. a. Nollbus. Tor
Moritzplatz 10077
jeden Abend 7 1/2 Uhr.

ELITE-Sänger
Gänzlich neues
Programm
Volkspreise:
Vorkf. 11 Pf. u. 40

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83/85,
Geöffnet vom 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Allgem. Kiempnerversammlung
Tagungsordnung: 1. Bericht über die Arbeit im Gewerke, 2. Diskussion, 3. Verband u. Handlungsmöglichkeiten.

Neue Welt
Arnold Scholz, Hasenheide 100/114
Täglich
Großes Promenadenkonzert
3 Kapellen
Humorist. Vorträge u. Jazz
Täglich: **Großer Ball**
Anfang 5 Uhr, Anfang 8 Uhr

Jeden Donnerstag:
Riesen-Kunst-Feuerwerk

Trabrennen Ruhleben
Mittwoch, den 23. August, nachm. 2 Uhr
8 Rennen. Gesamtpreise 515 000 M.

Zu Ehren des sechzigsten Geburtstages
GERHART HAUPTMANN'S
erschien in vornehmer Ausstattung und mit einem noch unveröffentlichten Tiefdruckbild des Dichters:

KONRAD HANISCH

Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk

Das aus unmittelbaren Erlebnissen quellende Buch bringt viel Neues, bisher Unbekanntes über den Menschen und Dichter. Es offenbart in ihrer Kraft und Schönheit Hauptmanns unvergängliche Werke und zeigt den bahnbrechenden Genius in seinem Einfluß auf den mächtigen Umgestaltungswillen des Volkes.

Preis geb. M. 125.—
In Ganzleinen geb. M. 150.—
BUCHHANDLUNG VORWARTS
BERLIN SW 68, LINDENSTR. 2

Reichshallen-Th.
Allabendl. 7 1/2 Uhr
Stettiner Sänger
Dönhofl
Drettl
Jan. 7 1/2

WINTGARTEN
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

METROPOL
Behrenstr. 54
8 1/2 Uhr:
Das große August-Programm

PATENTE
Dr. Bogdahn, Gedult
i. Treas.-Vereln berl.
Ing. 19 11, Umba. Nr. 3.

Bierpreiserhöhung

Mit Wirkung vom 24. August 1922 ab erhöht sich im Gebiet der ehemaligen Brausteuergemeinschaft der Preis für **Vollbier** um **Mark 400** für den Hektoliter. (196/5)

Schutzverband der Brauereien
der ehemaligen Brausteuergemeinschaft E. V.

Tafelnberg

Vorzüglicher Rauchtobak.

Brautleute!

Die Preise von Trauringen sind — trotz verschiedentlich ebenbürtiger Qualität — derart verschieden, daß oft Preisschwankungen von 100 bis 200 Mark auftreten. Wollen Sie sich diesen nicht unterwerfen, sondern sich der günstigsten und leistungsfähigsten Quelle bedienen, so gibt es nur eins — zu mir. Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend

TRAURINGE

1 Trauring (Duka/eng.) von M. 1000 an | 1 Ring 585 gestempelt . . von M. 650 an
1 Ring 333 gestempelt . . von M. 500 an
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt.

Juwelier H. Wiese, Artilleriestraße 30
5 Minuten vom Bahnhof Friedrichstraße
Passauer Straße 12, Ecke Augsburger Straße
5 Minuten vom Bahnhof Zoo.
Ausführlicher Katalog nach anberhalb senden Rückporto.

Bestellungen nach außerhalb bitte ich rechtzeitig vornehmen zu wollen, damit bei der Fülle der Bestellungen keine Verzögerung eintritt.

Unzählige Anerkennungs schreiben beweisen die seltene Preiswürdigkeit und Qualität meiner Ware.

Gesetlich geschützt
Telegramm-Adresse:
Trauringhanone Berlin

Seipel in Berlin.

Bundeskanzler Dr. Seipel und Finanzminister Segur sind gestern nachmittags gegen 6 Uhr in Berlin eingetroffen und vom Reichskanzler, Staatssekretär von Simson und Geheimrat Kämmler vom Auswärtigen Amt empfangen worden. Die beiden deutschösterreichischen Minister waren abends mit dem Gesandten Riebel beim Reichskanzler und nachher beim Reichspräsidenten.

Einem offiziellen Bericht der tschechoslowakischen Regierung ist zu entnehmen, daß der Ministerpräsident Dr. Benesch den Bundeskanzler Dr. Seipel wiederum auf den Bölkerbund verwiesen und lediglich versprochen hat, beim Bölkerbund und bei denjenigen Großmächten, die sich für Deutschösterreich interessieren, sein Fürsprechen zu wollen. Ausdrücklich heißt in der Prager Meldung, daß die Lösung der mitteleuropäischen Frage nur schrittweise und plangemäß erfolgen könne.

Mehr als eine Aussprache kann die Berliner Zusammenkunft nicht sein. Die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Reich ist in Versailles und Saint Germain und seither oft genug mit drohender Gebärde verboten worden, es mußten sogar nachträglich noch aus den beiden Verfassungen alle Bestimmungen gestrichen werden, die die Vereinigung vorbereiten sollten. Für das Frankreich Poincaré-Fochs wäre zweifellos ein elementarer Anschluß Deutschösterreichs, wie er aus der Verzweiflung des deutschösterreichischen Volkes hervorgehen könnte, nur die willkommenste Gelegenheit, zu allem anderen noch neue Zwangsmassnahmen gegen das deutsche Volk zu ergreifen.

Als man in Versailles und St. Germain die Welt neu unter sich verteilte, da setzte man den Kopf eines 50-Millionen-Reiches auf den Kinderkörper eines 6-Millionen-Volkes, und nicht genug damit, schlug man diesem kläglichen Gebilde, Oesterreich genannt, noch eine Anzahl unentbehrlicher Gliedmaßen und Organe weg. Unter dem Vorwand der Entwaffnung und Reparation raubte man dem Opfer noch die Taschen aus, man zerstörte rein mutwillig eine ganze Anzahl von Produktionsstätten, und als dieser „Staat“, auf dessen bergigem Boden nur wenig wachsen kann, nicht leben konnte, schenkte man ihm ab und zu einen Almosen. Kreditversprechungen wurden immer wieder gegeben, aber nur in geringfügigem Umfang gehalten und die Anleihe von 15 Millionen Pfund, die zur Begründung einer neuen Währung und vermutlich zur Gesundung des Landes ausreichen würde, hat man auf der Londoner Konferenz nicht gewährt, sondern zur Prüfung an den Bölkerbund verwiesen.

Die Gründung der neuen Notenbank in Wien ist wiederum verzögert worden, weil die englischen Herren der Anglo-Bank und die französischen Beherrscher der Länderbank, unbekümmert um die bedingungslose Zusage dieser Banken und um die vom Hauptauschuß des Nationalrats bereits genehmigten Satzungen der Notenbank neue Bedingungen für ihren Anteil an der Kapitalerhöhung stellen. Die Regierung Seipel hat ihre Tätigkeit mit einem großen Finanzprogramm begonnen, dessen Erfolg aber, noch bevor er erreicht wird, schon vernichtet ist, da die hundert Milliarden Papierkronen Erträge inwischen ihren Wert verloren haben. Es erweist sich in Deutschösterreich noch schärfer als bei uns, daß in Ländern mit fallender Solvata Bestreuer in Papiergeld eine zwecklose Übung sind.

Es ist ja möglich, daß die Tschechoslowakei noch einmal Kronen hergibt — natürlich nicht ohne Gegenleistung — und daß auch Italien sich schließlich dazu bereit findet. Ohne gründlichen organischen Aufbau, zu dem eben 15 Millionen Pfund erforderlich sind, ist eine Lösung nicht möglich. Deutschland muß — selbst an Händen und Füßen gefesselt, die schiefe Ebene in den Abgrund hinabrollend — tatlos zusehen, was den Brüdern im Süden geschieht. Wenn man uns aber zuredet, uns doch um die Aufnahme in den Bölkerbund zu bewerben, so wird es die schlechteste Unterfütterung dieser Agitation sein, wenn das Volk eines Bölkerbundstaates — das ist Deutschösterreich — auf das russische Hungerniveau herabgedrückt wird. Gewiß nicht ohne Grund sagt die Wiener Arbeiter-Zeitung in ihrer Betrachtung zur Reise Dr. Seipels, daß die im Artikel 88 des Diktats von St. Germain festgelegte „Unabhängigkeit“ Deutschösterreichs es nicht verpflichtet kann, unabhängig zu werden.

Das Ergebnis der Reise Seipels ist die Flüssigmachung eines Restkredits, der in österreichischen Kronen rund 175 Milliarden ergibt. Dieser Kredit wird es der österreichischen Regierung ermöglichen, bis zur Durchführung der Errichtung der Notenbank und der neuen Spar- und Steuermaßnahmen auszuhalten.

Fascisteneinfall in Bozen.

Innsbruck, 22. August. (M.B.) In Bozen kam es gestern abend zu Fascistenrazzias, deren Anlaß die Entwendung der italienischen Tricolore auf dem Gebäude der Kunstausstellung durch bisher unbekannte Täter war. Obwohl die Fahne am nächsten Tage zurückgegeben wurde, forderten die Fascisten die Beodderung zu einer Sühneleistung, auf welcher Förderung sich auch das Zivilkommissariat anschloß, das die Kundgebung selbst anordnete. Zu der letzteren erschienen jedoch nur eine große Menge Fascisten, aber keine Bozener. Hierauf durchzogen die Fascisten die Stadt und demolierten mehrere deutsche Geschäfte.

Deutsche Sozialdemokratie in Polen.

Am Sonntag tagte in Kottowich ein Einigungsparteitag der deutschen Sozialdemokraten Polens, an dem Delegierte aus Pomerellen, Lodz und Bielski teilnahmen. In der fast einstimmig angenommenen Resolution heißt es:

„Der Einigungsparteitag begrüßt den Zusammenschluß des deutschen Proletariats zu einer selbständigen Partei. Die Partei steht allen irredentistischen Bestrebungen fern und verurteilt diese aufs schärfste. Sie steht nach wie vor auf den Boden des Klassenkampfes und sieht ihre Hauptaufgabe darin, den Kampf gegen die Reaktion in Polen mit allen andern proletarischen Parteien, die auf dem Boden der gleichen Taktik stehen, gemeinsam zu führen. Sie beauftragt die Parteileitung, alle Schritte zu unternehmen, um möglichst rasch den Zusammenschluß aller sozialistischen Parteien Polens herbeizuführen. In Gemeinschaft mit diesen Parteien will die deutsche Sozialdemokratie Polens das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf kulturellem Gebiet führen und keine Mittel scheuen, um für die Rechte der Minderheiten einzutreten und diese zu erkämpfen. In sozialpolitischer Hinsicht beschließt die Konferenz: die deutsche Sozialdemokratie Polens soll dahin wirken, daß die in Polnisch-Oberösterreich geltende Sozialgesetzgebung auf das ganze Gebiet der Wojewodschaft Schlesien ausgedehnt wird.“

Die Unabhängigen und Mehrheitssozialdemokraten haben sich mit der Vereinigung der deutschen Sozialisten Polens wieder in einer Partei zusammengefunden. — Vorsitzender der Deutschen Sozialdemokratie Polens ist Genosse Kowoll, Redakteur am „Volkswille“, Kottowich.

Moskauer Terror in Berlin.

Was sich gestern abend in vier verschiedenen Versammlungsalen der Reichshauptstadt abgespielt hat, in denen in früheren Zeiten und Jahrzehnte hindurch das Berliner Proletariat manch erhebende Stunde erlebt hat, ist keine Schande für die deutsche Arbeiterbewegung — nein, nicht einmal eine Schmach für die Berliner Kommunisten. Denn der Begriff von Schmach und Schande läßt sich nur auf Menschen anwenden, die ein Herz, ein Gewissen, eine Seele haben oder zumindest ein Minimum von Verstand. Aber die, welche sich Kommunisten nennen und gestern einen auch nur halbwegs geordneten Gang der Protestversammlungen gegen die Moskauer Todesurteile verhinderten, mußten den Eindruck erwecken, als erfüllten sie diese Voraussetzungen nicht.

Man glaube nicht, daß wir übertreiben. Wer den gestrigen Protestversammlungen beiwohnen konnte — und es sei gleich vorausgeschickt, daß der allergrößte Teil der SPD- und USP-Genossen schon lange vor der festgesetzten Anfangszeit lehrte machen mußte, weil die Anhänger Moskows zwischen vier und halb fünf Uhr die Versammlungstote bereits stark besetzt hatten, besonders mit Jugendlichen —, der wird unvergeßliche Eindrücke von dem Schaustück bewahren, das fanatisierte Hausen aufgeführt haben.

Es galt, für das gefährdete Leben von bewährten proletarischen Kämpfern, die wehrlos dem Henkersbeil jede Stunde ausgesetzt sind, einzutreten, die Stimme sowohl des Klassenbewußten Proletariats wie der Menschlichkeit überhaupt nicht erlösen zu lassen, damit ein abschließender Racheakt nicht vollzogen werde. Und da fanden sich Arbeiter, ja Arbeiterinnen — Frauen! — die jene Redner niederbrüllten, beschimpften, bedrohten, die sich dieser Aufgabe widmen wollten! In allen vier Versammlungen das gleiche, ekelregende Bild. Deutsche Arbeiter, einst auf ihre Bildung, auf ihre Gesittung, auf ihr Wissen stolz — vielleicht sind sie es heute noch und würden die Gleichstellung mit dem halbasiatischen Ruschick entrüstet ablehnen, auf den sich die Macht der Sowjetregierung hauptsächlich stützt — deutsche Proletarier riefen „Bravo!“, als das barbarische Moskauer Urteil erwähnt wurde, sie riefen „Lumpen! Mörder!“ nicht denen zu, die diese Blutschuld ausüben, sondern denen, die dagegen Protest erhoben!

Gehts überhaupt noch tiefer? O ja! Wir glauben schon, daß diese vollständig verrotteten Seelen auch zu Schlimmerem fähig wären, wenn sie die Macht dazu hätten. Aber, mögen sie durch frühzeitiges Belegen der vordersten Plätze in vier Berliner Sälen und durch fortgesetztes Lärmen und Johlen vier Versammlungen stören und deren vorzeitiges Ende bewirken, eine verschwindende Mehrheit des deutschen Volkes sind sie doch und sie werden es auch bleiben. Den Bolschewismus werden wir in Deutschland doch nicht bekommen, und mag sich Poincaré noch sehr bemühen, die arbeitenden Schichten zur Verzweiflung zu treiben. Denn eins ist klar: wäre nicht das fürchtbare Elend der Massen vorhanden, neuerdings durch wahnsinnige Preissteigerungen verschlimmert, dann wäre auch diese bolschewistische Minderheit, die gestern einen regelrechten Terror gegen andersdenkende Arbeiter ausübte, noch viel kleiner. Aber nicht aus Rücksicht auf Poincaré und die französische Bourgeoisie, sondern aus Liebe zum deutschen Volk, das nicht in Hungersnot und Anarchie untergehen darf, werden wir und die Genossen der Unabhängigen Sozialdemokratie unter schroffer Ablehnung jeder künftigen Gemeinsamkeit mit den Drahtziehern Moskows zu verhindern wissen, daß der Bolschewismus, diese Hauptstütze und letzte Hoffnung der militaristischen Reaktion, jemals auf deutschem Boden Fuß faßt.

In den Germaniasälen

hatten die Kommunisten bereits in der 6. Nachmittagsstunde den Saal mit ihren Sprengtrümpfen stark besetzt. Nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz aller jener SPD- und USP-Genossen, die nach der Chausseestraße kamen, konnte noch in den Saal gelangen, der dreimal mehr Menschen als unter normalen Umständen enthielt. Es wollte für die SPD, Ströbel, für die USP, Dr. Kurt Rosenfeld und nach Vereinbarung für die KPD, der Stadtd. Dörr je eine Stunde reden. Als erster kam Rosenfeld zu Worte, doch sollte sich bald zeigen, daß die Kommunisten planmäßig seine Redezeit mit künstlich hervorgerufenen Zwischenfällen auszufüllen versuchten. Der Anker entwarf, soweit ihm das möglich war, zwischen den einzelnen Vorträgen ein allgemeines Bild des Verlaufs des Moskauer Prozesses, an dem er bekanntlich als Verteidiger teilgenommen hat. Wie eindrucksvoll seine Ausführungen gewesen sein müssen, die oft von Beifall unterbrochen wurden, mag man daraus ersehen, daß selbst die Kommunisten seine hauptsächlichsten Anklagen gegen die Moskauer Prozedurführung zum Teil lautlos einstimmten. Erst die Ermüdung der den fünf ausländischen Verteidigern vorgelegten Speisekarte für sechs Tage (Wohnung 875 Millionen Rubel, Verpflegung 35 Millionen, Autosfahrten — erzwungene — 10 Millionen, Sonstiges 555 Millionen, insgesamt 14 Millionen 919 Millionen Rubel), fiel den Kommunisten dermaßen auf die Nerven, daß sie fortan die blödesten und gemeinsten Zwischenrufe von sich gaben, dazwischen wiederholt Hochrufe auf Holz und Brauorufe auf die Todesurteile. Bald steigerte sich der Lärm derart, daß die Leiter Genossen Frank (SPD) und Linder (USP) nach wiederholten erfolglosen Mahnungen, Anstand und Disziplin zu bewahren, die Versammlung schlossen. Die Kommunisten hielten sodann unter sich mit Dörr als Referenten eine Soloverammlung ab, in der die Moskauer Justiz entsprechend verherrlicht wurde.

Die Versammlung im Stadttheater Alt-Moabit

war schon lange vor dem angelegten Beginn überfüllt, sogar Galerien und der Garten waren außerordentlich dicht besetzt. Die Versammlung war etwa zu einem Fünftel von Kommunisten besetzt, die die lebhaftesten Anstrengungen machten, sie nicht stattfinden zu lassen. Schon am Beginn herrschte außerordentliche Unruhe, die sich erst für einen Augenblick legte, als den Kommunisten zugestanden wurde, daß sowohl ein Vertreter der SPD, wie der USP, und der KPD, die gleiche Redezeit von ¼ Stunden zugesichert erhielten. Doch als der erste Redner, Genosse Adolf Braun, das Wort ergriff, begann die gut organisierte brutale Störung der Versammlung, so daß selbst ein kommunistischer Führer die Verantwortung für seine Partei ablehnte. Nur in großen Zwischenräumen konnte Braun sprechen und seine Rede zu Ende führen. Noch stärker wurden die Störungen, als der unabhängige Landtagsabgeordnete Meier das Wort ergriff. Trotz seines überaus starken Organs, das ihm im Anfang Ruhe sicherte, steigerten sich die Störungen in so hohem Maße, das einer der Vorsitzenden einen Antrag zur Abstimmung brachte, ob die Versammlung weitergehen solle. Mit übergroßer Mehrheit entschied sich die Versammlung dafür, daß ein Weitergehen keinen Zweck habe. Hierauf begann ein wilder Lärm. Die Bühne, die schon zum Teil von Kommunisten besetzt war, wurde gestürmt. Jugendliche Kommunisten zeigten sich besonders eifrig und auch Frauen waren sehr lebhaft in Angriffen gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien. Landtagsabg. Meier wurde umringt, beschimpft und bedroht, doch sammelte sich eine Reihe von Genossen um ihn, um ihn zu

schützen. Unter den Schreibern taten sich besonders Eugen Dittler hervor, die auf Tische und Stühle gestiegen waren, um für die Moskauer Blutrache durch Beschrei einzutreten. Wie unwissend die Jochtenden waren, geht klar aus folgendem Fall hervor. Ein russischer Genosse sprach aus einem geblöhlenden Mäntelchen ein und erwähnte die Verdienste des Gok um die Sache des Sozialismus. Da fragte dieser Ortschaft ganz verwundert: „Wer ist das denn, Gok“. Also sie kennen nicht einmal die Namen derer, deren Kopf sie fordern. Dann erklärte besorgter Jüngling: „Ich sehe mit Dubendorff auf demselben Standpunkt. Pazifismus ist Freiheit“. Eine Ausrufung, die offenbar das Niederfallen wehrloser, durch jahrelange Haft gefolterter Gefangener als mutige Tat preisen sollte. Nach Schluß der Versammlung leerte sich der Saal nur langsam unter ungeheurer Aufregung. Bemerkenswert verdient, daß der kommunistische Landtagsabg. Ivan Krag hier die Führung zu haben schien.

Die Versammlung in der Hagenheide

(Allems Festhalle) war bereits eine Stunde vor Beginn der Versammlung überfüllt. Die Tische wurden entfernt, alle Gänge, die Bühne waren dicht besetzt, ein wogendes Meer von Menschenleibern. Doch immer noch strömten neue Massen heran. Der Saal kann sie nicht mehr fassen. Nicht lange dauert es, und auch der kleine Saal ist gefüllt. Die Massen stauten sich auf der Straße. Bei Eröffnung der Versammlung, die gleich nach 7 Uhr stattfindet, setzt ein ohrenbetäubender Lärm von den Kommunisten ein. Sie haben, der Parole ihrer Parteileitung folgend, ihre Herrschoren bis auf den letzten Mann herangebracht. Um ¼ 8 Uhr standen sie schon wie die Mauern von der Eingangstür. Das läßt darauf schließen, daß die Sprengung der Versammlung systematisch vorbereitet war. Die Kommunisten stellen den Antrag, ihrem Diskussionsredner unbeschränkte Redezeit zu gewähren. Der Antrag wird, da durch den Lärm die Abstimmung nicht richtig vorgenommen werden kann, angenommen. Noch legte sich nicht die Unruhe, da bekam es der Kommunist Schölem fertig, in die Versammlung zu dröhlen. „Wir sind nicht mit der Absicht gekommen, die Versammlung zu sprengen. Ich fordere meine Parteifreunde auf, eiserne Disziplin zu halten. Wer das nicht tut, ist ein Kommunist“. Als der unabhängige Genosse Stein seine Rede kaum begonnen hatte, und darauf aufmerksam machte, daß die Beurteilung der Sozialrevolutionäre die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft der ganzen Welt hervorgerufen habe, setzte wieder ungeheurer Lärm ein. Ein junger Kommunist wollte den Redner am Sprechen verhindern. Das schien augenscheinlich das Signal zu sein, um die bewusste Sprengung durchzuführen. Man sah es den Massen an, daß sie darauf ausgingen, den Tumult unter allen Umständen zu steigern. Der Höhepunkt des Kravalls, nichts weiter kann man es nennen, wurde erreicht, als das Bureau, das die Versammlung nicht mehr leiten konnte, den Saal verließ und man sogar davon nicht zurückkehrte, alten verdienten Parteigenossen ins Gesicht zu schlagen. Es war ein Tag für die Kommunisten, den die Berliner Arbeiterschaft so leicht nicht vergessen wird.

Eine Parallelsammlung wurde im kleinen Saal der Allems Festhalle veranstaltet, da der große Saal bereits lange vor 7 Uhr überfüllt war. Genosse Kuttner konnte hier sein Referat zu Ende führen, obwohl die anwesenden Kommunisten durch organisierten Lärm und oft ganz sinnlose Zwischenrufe für Unterbrechungen sorgten. Genosse Kuttner legte dar, daß die „proletarische Klassenjustiz“, nach der die Sozialrevolutionäre verurteilt sind und für die die „rote Fahne“ sich begeistert, nichts ist als schreiendes Unrecht und mittelalterliche Barbarei. Die bewusste Ausschließung jedes Gerechtigkeitsstandpunktes, der das Wesen dieser „proletarischen Klassenjustiz“ ausmacht — führt zur vollkommenen sittlichen und moralischen Verwilderung. Hier, wie im großen Saal, war eine Anzahl Kommunisten eifrig bestrebt, die Nichtteilnahme dieses Saales als lebende Beispiele zu beweisen. Wie verwehren der Sowjetregierung nicht, daß sie sich in ihrem Bestande schämt. Aber wir verurteilen die Grausamkeit und Härte, mit der sie sozialistisch-proletarische Parteien bekämpft. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit der Versammlung.) — Genosse Kuttner mußte hier sein Referat abbrechen, da er nach dem großen Saal gerufen wurde, es sprach dann als Diskussionsredner der Kommunist Schölem.

In der Viehhofstraße

(Ebenauer Straße) wurde die Versammlung zu ihrem Beginn von einem kommunistischen Strohtrupps geführt, der unter der Führung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Paul Hoffmann die Versammlungsleitung taktlos angriff. Unser Genosse Buchmann wurde mißhandelt, ebenso der russische Genosse Dr. Barren. Als die Kommunisten die Versammlungsleitung angegriffen hatten, rückten stärkere Trupps der SPD, heran, so daß sich sowohl von der USP, als auch von der SPD, zahlreiche Anhänger im Saal befanden und Genosse Dr. Moses das von den Einberufern vorgegebene Referat halten konnte. Er wurde häufig von Beifall unterbrochen, natürlich ließen es die Kommunisten auch nicht an gegen demonstrativen Äußerungen fehlen. Nach Moses sprach der Kommunist Kemmle, der von seinen Genossen mit johlendem Beifall begrüßt wurde. Die Versammlung entschied für eine unbeschränkte Redezeit, so daß Kemmle seine geradezu haarsträubenden Argumente zum Ausdruck bringen konnte. Vor dem Versammlungsraum auf der Straße bildeten sich kleine Sondernversammlungen, in denen irgendwelche Aufstörer sprachen. Hier konnte mit Benutzung schiefestellend werden, daß unsere Genossen den Kommunisten gehörig die Meinung sagten. Die Schupo fand keine Gelegenheit zum Einschreiten, es muß überhaupt festgestellt werden, daß die Beamten in allen Versammlungen mit der äußersten Geduld gegenüber provokatorischen Zustreuten halbwüchsiger Jungen vorgehen.

Als Genosse Moses das Schlusswort ergreifen wollte, wurde er, wie uns von einem Augenzeugen mitgeteilt wird, von der kommunistischen Zuhörerschaft mit den Worten empfangen: „Schmeißt den Juden raus, haut den Judenjungen.“

Die Eroberung Georgiens.

Wie schändlich erfolglos die moskowlische Behauptung ist, daß „die georgischen Arbeiter und Bauern“ die russische Eroberungs- und Verkränkungsmaschine mit Jubel begrüßt hätten, zeigt ein Bericht an das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Russlands, den Philipp Nucharadze, das zweifelloso hervorragende Mitglied der kommunistischen Partei Georgiens erstattet hat und den jetzt Genosse Brauntal im Wiener „Kampf“ in vollem Wortlaut veröffentlicht. Da schreibt der erste Präsident Sowjet-Georgiens über die Situation im Februar 1921:

„Vor allem muß ich die verflüchtigen hoffnungslose Lage hervorheben, in der sich unsere Parteiorganisation in Georgien am Anfang des Jahres 1921, das heißt bei der Einführung der Sowjetordnung befand... Im Laufe von sechs bis sieben Monaten blieben infolge der Legalisierung von unserer Partei nur Trümmer übrig. Auf diese Weise wurde die kommunistische Partei Georgiens völlig entwürzelt... Als die rote Armee zum Angriff schritt, wußte oder ahnte keiner der kommunistischen Kerne, ja kein Parteimitglied das Ziel und die Motive dieses Angriffs... Das Einrücken der roten Armee in Georgien und die Verkündung der Sowjet Herrschaft hat den Charakter einer offenbar von außen gerichteten Eroberungsaktion erhalten, da in diesem Augenblick niemand im Inland an die Vorbereitung eines Aufstandes dachte. Bei der Verkündung der Sowjet Herrschaft in Georgien hat sich keine Partei und kein Parteimitglied — um nicht mehr zu sagen — gefunden, das die Sowjetordnung organisieren konnte, und nur verdächtige und einfach verurteilbare Elemente haben sich mitteilts damit beschäftigt.“

Gewerkschaftsbewegung

Der neue Reichseisenbahnrat.

Am vergangenen Donnerstag beauftragte sich der Reichseisenbahnrat u. a. mit der Wahl des ständigen Ausschusses. Entsprechend der Zusammenlegung des Reichseisenbahnrats wurden von 16 Mitgliedern 4 Arbeitervertreter gewählt. Damit ist bestätigt, wogegen wir wiederholt protestiert haben: der Einfluss der Arbeitnehmer ist durch die Verordnung des Reichsverkehrsministers praktisch so gut wie ausgeschaltet.

Wie uns mitgeteilt wird, beabsichtigt man für die Reichswasserstraßen dasselbe Attentat gegen die Parität auszuführen, wie man es für die Reichseisenbahnen bereits getan hat. Ganz abgesehen von den verfassungsmäßigen Bedenken muß doch endlich den Bestrebungen des Reichsverkehrsministeriums, auf dem Verordnungswege die Parität der Vertretung der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zu beseitigen, Einhalt geboten werden. Der Reichswirtschaftsrat hat sich seinerzeit gegen diese Ausschaltung der Arbeitnehmer ausgesprochen. Das Reichsverkehrsministerium hat sich auch darüber hinweggesetzt. Das geht einfach nicht. Von den 12 Vertretern aus Handel, Gewerbe, Industrie, Verkehr, Schifffahrt, Forst- und Landwirtschaft ist kein einziger Arbeitnehmer! Ein derartiger Zustand ist unhaltbar.

Angestellte bei Reichs- und Staatsbehörden!

Die Verhandlungen zwischen den Angestelltenorganisationen und der Regierung über die Neueinrichtung der August-Gehälter sind am 19. August abgeschlossen worden. Die Neuerhöhung der Grundgehälter und Ortszuschlag sowie Alterszuschlag beträgt ab 1. August 905 Proz.

Auskünfte über den Tarifvertrag erteilt der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Forderungen der Buchbinderei-Arbeiter(innen).

Die in den Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen waren am Montag zahlreich im Gewerkschaftshaus versammelt, um den Bericht über die mit den Buchdruckereibesitzern gepflogenen Lohnverhandlungen entgegenzunehmen. Genossin Schaller berichtete, der Verband habe beim Syndikus der Arbeitgeber Dr. Stoll zum Montag (gestern) eine Lohnverhandlung nachgesucht, die von diesem aber mit der Bemerkung, daß frühestens am Mittwoch verhandelt werden könnte, abgelehnt worden sei. Hierfür sei seitens des Verbandes eine Verhandlung zum Dienstag (heute) verlangt worden.

In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber jedenfalls erst die Versammlung der Buchdrucker abwarten und nicht gefordert mit der Buchbindereiorganisation verhandeln möchten. Es müsse aber unbedingt an der Forderung der Kollegenschaft festgehalten werden.

Schließlich wurde folgender Antrag gegen etwa 10 Stimmen angenommen:

Die Betriebsräte werden beauftragt, morgen (Dienstag) früh vorstellig zu werden und sofortige Verhandlungen zu verlangen, bei denen unbedingt an der Forderung, den Buchbindereiarbeiterinnen, 75 Proz. der Gehälter zu zahlen, festzuhalten ist. Sollten die Verhandlungen am Dienstag (heute) nicht stattfinden, so lehnen die Kolleginnen die Akkordarbeit ab und verlangen sofort Lohnarbeit. Ueber weitere Schritte soll in einer Versammlung am Mittwoch beschlossen werden.

Streikgefahr im Einzelhandel.

Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der für die Angestellten des Einzelhandels für August eine Erhöhung der Gehälter in den Gruppen 1 und 2 um 4 1/2 Proz., in den Gruppen 3 und 4 um 50 Proz., für Lehrlinge und jugendliche Angestellte 35 bzw. 37 1/2 Proz. gegenüber Juli brachte, ist in einer Urabstimmung in den Betrieben mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden, nachdem vorher schon eine überfüllte Versammlung den Spruch als völlig unzulänglich verworfen hatte. Seit Fällung des Schiedspruches haben sich die Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bekleidungsartikel noch weiter erhöht, so daß am Ultime die tatsächliche Lohnverhöhung sich viel schlechter auswirken würde, als es proportional zum Ausdruf kommt. Dazu kommt, daß im Juni nur ein Aufschlag von 12 1/2 Proz. auf die Realgehälter erfolgte, wobei Auszubildende und Lehrlinge fast völlig ausfielen, während im Juli eine Erhöhung von 15 bis nur 24 Proz. bewilligt wurde.

Das Elend der Angestellten des Einzelhandels ist so groß, daß die Erbitterung über die mangelnde Einsicht der Arbeitgeber nicht mehr steigerungsfähig ist. Dabei sehen die Angestellten täglich, welche rasenden Geschäfte von den Geschäftsinhabern gemacht werden und wie die Preise sprunghaft erhöht werden, so daß die Angestellten mit ihren geringen Gehältern gerade noch in der Lage sind, den Hunger zu stillen, ohne an irgendwelche Anschaffungen für Bekleidung usw. denken zu können.

Die Ablehnung des Schiedspruches rückt die Gefahr eines Streiks in bedrohliche Nähe. Doch die Arbeitgeber bereit sind, dieser Gefahr durch Entgegenkommen zu steuern, wird in den Kreisen der Angestellten des Einzelhandels bezweifelt, weil frühere Versuche, bei ungenügender Lohnregelung ein weiteres Entgegenkommen zu erzielen, an der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber scheiterten. Es ist nicht die Schuld des Zentralverbandes der Angestellten, wenn es diesmal zur Explosion im Einzelhandel kommt. In den letzten drei Jahren sind die Lohnbewegungen der Angestellten des Einzelhandels immer ohne die Anwendung gewerkschaftlicher Mittel abgeschlossen worden, wenn auch häufig genug heftiger Widerstand gegen die Abschlüsse bestand. Nunmehr aber

sind die Angestellten des Einzelhandels an der Grenze ihrer geradezu sprichwörtlich gewordenen Bescheidenheit angelangt und drängen die Organisation, zu entscheidenden Maßnahmen zu greifen.

Der Zentralverband der Angestellten wird am Mittwochabend im Kreise der Beschlusskörperschaften zur Sachlage Stellung nehmen und den Angestellten weitere Weisungen zukommen lassen. In den Betrieben hat schon jetzt jeder dafür zu sorgen, daß auf den Ernst der Situation hingewiesen wird und etwa noch abseits Stehende sich sofort der Organisation anschließen. Es geht um die Existenz der Angestellten, und es besteht kein Zweifel, daß in diesem Falle die Angestellten ihre Pflicht tun werden, wie sie es in jüngster Zeit in einem Spezialfalle aus Solidaritätsgründen getan haben.

Angestellte der Metallindustrie!

Am vergangenen Montag wurden mit dem Verband Berliner Metallindustrieller die Verhandlungen über den neuen Manteltarif begonnen. Fritz Schmidt vom Afa-Bund vertrat zunächst die Forderung sämtlicher Angestellter bezüglich der halbmontatlichen Gehaltszahlung. — Der VVMZ lehnte diese Forderung ab, so daß die Verhandlungen hierüber als gescheitert angesehen werden müssen. Bei seinem Vorgehen hatte der VVMZ die Unterstützung der Vertreter des deutschen nationalen Handlungsgewerksverbandes gefunden, der aus reinem Standesdünkel, im Gegensatz zu seinen Mitgliedern in den Betrieben, gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband diese Forderung belämpfte. Die Angestellten der Metallindustrie sind also wieder einmal die Geschädigten!!

Die Afa-Vertreter forderten dann für den Monat August eine noch in dieser Woche zu erfolgende Monatszahlung auf das Augustgehalt. Wir forderten die Betriebsräte auf, sich sofort von den Firmenleitungen darüber Bescheid zu holen und uns zu berichten. Ueber die sonstigen Rahmenbestimmungen dauern die Verhandlungen fort. Die Festlegung der August-Gehälter erfolgt am Donnerstag nachmittag vor dem Reichsarbeitsministerium. Am selben Tage, abends 8 Uhr, versammeln sich unsere sämtlichen Funktionäre in der Metallindustrie im „Dresdener Kasino“, Dresdener Straße 98, zur Entgegennahme des Berichtes.

Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe Metall.

Lohnbewegungen der Buchdrucker.

Die Buchdrucker des Wuppertales sind abermals in den Ausstand getreten, so daß die „Eberfelder Zeitung“ ihr Erscheinen einstellen mußte.

In einer allgemeinen Buchdrucker-Versammlung in Mannheim-Ludwigshafen wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der erklärt wird, daß man dem durch den Tarifausbruch in Berlin getroffenen Lohnabkommen nicht zustimmen könne. Die beiden Bezirksverbände wurden beauftragt, sofort in Verhandlungen mit den Prinzipalen einzutreten und die am 1. September fällige Rate von 300 M. mit dem am 20. August zu zahlenden Betrag von 500 M. im nächsten Zahlung in voller Höhe auszus zahlen. Nur eine befriedigende Antwort auf diese Forderung könne die örtliche Ruhe im Gewerbe aufrechterhalten. Die Erklärung wurde bis Donnerstag befristet. Ein nicht rechtzeitiges Eintreffen der Antwort wird als Ablehnung betrachtet.

Der kommunistische Landarbeiterstreik in Oberbarnim ist zusammengebrochen und steht — wie die P.P.R. berichten — unmittelbar vor dem Erlöschen. Es wird gegenwärtig nur noch auf fünf Güter gestreikt, und die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit dürfte in kürzester Zeit erfolgt sein. — In Sonnenburg haben die Streikenden die Arbeit bereits aufgenommen und auch in einigen anderen Orten. Einige Landarbeitergruppen, die sich den Unionisten angeschlossen hatten, sind bereits wieder zum Deutschen Landarbeiterverband übergetreten.

Wie B. S. meldet, könnten bei der augenblicklichen günstigen Witterung durch volle Wiederaufnahme der Arbeit noch viele Werte gerettet werden. Bisher sind auf 19 Gütern noch 360 Rottweiser Äcker, die mit Hochdruck an der Einbringung der kostbaren Getreidevorräte arbeiten. Daß die Kommunisten es bei der Bewegung in Oberbarnim trotz ihrer Niederlage nicht bemenden lassen, beweist ihre Kallidation in Friedeberg in der Neumark, wie auch im Kreise West-Sternberg.

Der Landarbeiterstreik in der Lüneburger Gegend, der ebenfalls auf linksradikale Einflüsse zurückzuführen war, ist bereits wieder zusammengebrochen, ohne daß die Technische Rothilfe eingreifen brauchte.

Die Streiks in der Schweiz in Konjunktur und Krise. Laut Veröffentlichung des Schweizerischen Arbeitsamtes betrug die Zahl der Streiks 1918 und 1919, in den Jahren der Hochkonjunktur 198 bzw. 124, im Jahre 1920, in dessen zweiter Hälfte die Konjunktur bereits nachgelassen hat, 84, im Krisenjahr 1921 dagegen nicht mehr als 30. Die Krise hat die Lohnbewegungen erstickt.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Die am Montag verlangte Versammlung für alle in den Buchdruckereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen findet heute nachmittag 4 1/2 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 25, statt. Wir erlauben um pünktliches Erscheinen, da um 7 Uhr der Saal geräumt werden muß. Die Drangsalierung.

Deutscher Transportarbeiterverband. Glas- und Teppichreinigungsbranche. Betriebsräte und Obmänner. Donnerstag 5 Uhr Versammlung bei König, Inselstraße, Ecke Wallstraße. — Buchdruckerei. Donnerstag 5 Uhr in der Schulstraße, Stadtschreiberstr. 6a, Gruppenversammlung. Bericht von der Lohnverhandlung.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Bekleidungsbranche. Donnerstag nachmittag 4 1/2 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 25, Branchenversammlung. Bericht von den Weimarer Verhandlungen. Vollständiges Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen erwartet die Drangsalierung.

EW-Mitglieder, chemische Industrie. Donnerstag 4 1/2 Uhr im großen Saal des „Kochischen Hotels“, Invalidentstr. 12a, Versammlung.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter. Freitag 7 Uhr Branchenversammlung der Gruppe Gemeindegärtner im Restaurant Schulz, Altsiedelstraße 30.

Wirtschaft

Devisenkurse.

Die amtliche Kurstabelle gibt an, wieviel Mark man aufwenden muß, um die in der ersten Spalte genannte Einheit der auf das bezeichnete Land lautenden Währung zu erwerben.

	22. August		21. August	
	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs
100 holländische Gulden	50586.65	50713.35	45692.90	45807.20
1 argentinischer Papier-Peso	470.90	472.10	425.95	427.05
100 belgische Frank.	9787.80	9782.20	8878.85	8901.15
100 norwegische Kronen	22571.75	22628.25	20424.40	20475.60
100 dänische Kronen	29064.85	29135.15	25388.25	25431.75
100 schwedische Kronen	34406.90	34493.10	31061.10	31188.90
100 finnische Mark	2676.65	2683.35	2381.60	2388.20
1 japanischer Yen	614.20	615.80	559.30	560.70
100 italienische Lire	5817.70	5832.30	5303.35	5316.65
1 brasilianischer Milreis	5817.70	5832.30	5253.40	5266.60
1 Dollar Sterling	1298.35	1301.65	1169.58	1171.47
100 französische Franc	10382.00	10388.00	9383.25	9386.75
1 brasilianischer Milreis	169.28	169.72	155.30	155.70
100 Schweizer Frank.	24793.95	24856.05	22322.05	22377.95
100 spanische Pesetas	20249.65	20300.35	18327.95	18372.95
100 österr. Kronen (abgest.)	1.53	1.57	1.48	1.47
100 tschechische Kronen	3995.—	4005.—	3545.55	3554.45
100 ungarische Kronen	76.90	77.10	67.41	67.59
100 bulgarische Leva	719.10	720.90	679.15	680.85

Nach den Hauptdevisen, Pfund, Dollar, Gulden, Schweizer Franken, auch nach norwegischen und dänischen Kronen, aber selbst tschechischen Kronen war die Nachfrage so groß, daß sie nur durch Rationierung des angebotenen Materials und zur Hälfte gedeckt werden konnten.

100 Polenmark gelten etwa 14,50 M.

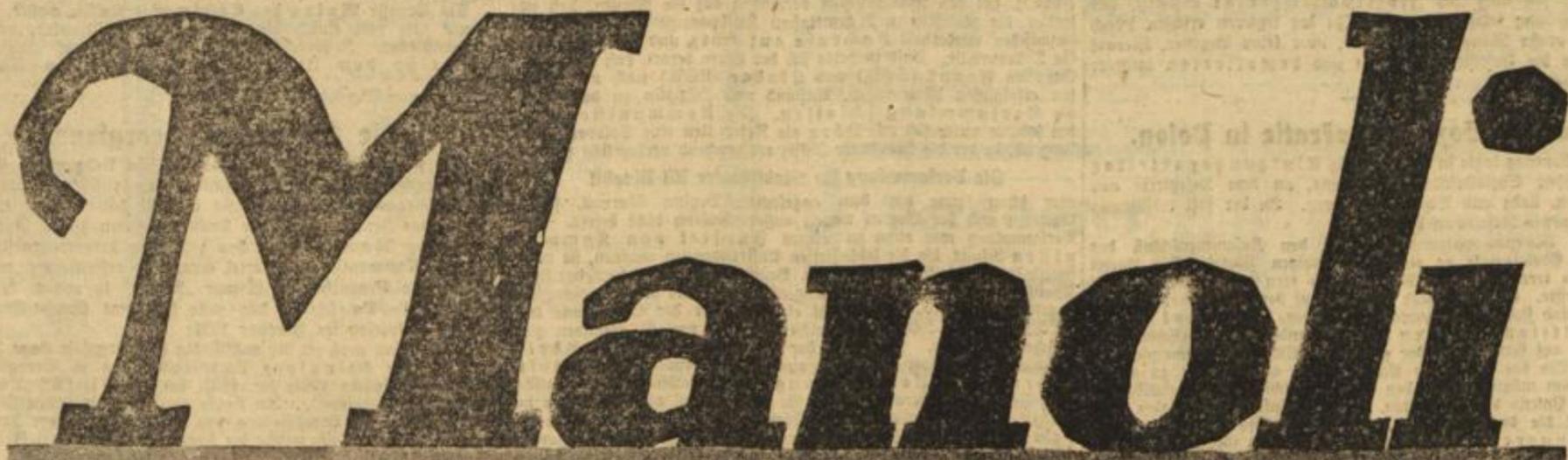
Arbeitnehmer und Aufsichtsrat. Viele Unternehmungen gehen dazu über, die Mitwirkung von Betriebsräten im Aufsichtsrat dadurch zu beschränken, daß sie innerhalb des Aufsichtsrates für besondere Aufgaben Ausschüsse bilden, in denen Arbeitnehmer nicht vertreten sind. Ein Streitfall dieser Art kam in der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung der Reichsreuehandgesellschaft zur Sprache, die sich mit der Abänderung der Statuten zu befassen hatte, um die Weiterführung der Reichsreuehandgesellschaft zu ermöglichen. Auch die Reichsreuehandgesellschaft will einen Arbeitsausschuß einrichten. Ein Angestelltervertreter sprach die Vermutung aus, daß auch dieser Ausschuß bestimmt sei, den Gedanken des Betriebsrätegesetzes und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu unterminieren. Demgegenüber wurde von der Verwaltung festgestellt, daß dies nicht Absicht sei. Die Ausschussbildung sei darauf zurückzuführen, daß der Aufsichtsrat zu groß ist und sich infolgedessen in seiner Gesamtheit als arbeitsunfähig erwiesen habe. Es ist dies um so mehr zu glauben, als die Statuten der Reichsreuehandgesellschaft nicht wie die Statuten anderer Aktiengesellschaften die Bildung des Ausschusses ausschließlich durch Aufsichtsratsmitglieder, die von der Generalversammlung gewählt sind, vorsehen, sondern daß in den Ausschuß alle Aufsichtsratsmitglieder, also auch die von den Angestellten- und Arbeitervertretern delegierten Mitglieder gewählt werden können. Der Arbeiter- und Angestelltenrat der Reichsreuehandgesellschaft hat es nun in der Hand, darauf zu dringen, daß in den Arbeitsausschuß auch ein Vertreter der Angestellten und Arbeiter hineinkommt.

Die Folgen der Lenkung auf dem Baumarkt nehmen Formen an, die zu den schwersten Beroargnissen Anlaß geben. Industrielle Werte stellen die Fortführung ihrer Bauten ein. Aber auch eine dauernde Steigerung der Rohstoffpreise wird dadurch in Frage gestellt, daß der Bau von neuen Bergmannswohnungen zurückgeht. Im Ruhrgebiet ist bereits ein großer Teil der Bergmannswohnungen und der Werkstätten eingestellt worden. Auch bei den sächsischen Bergmannswohnungsbauten wird sich die Einstellung, wie die „Industrie- und Handelszeitung“ berichtet, nicht mehr vermeiden lassen, da der Treuhänder Zwickau (Verein zur Errichtung von Bergmannswohnungen e. B. in Zwickau) die zur Vollendung der Siedlungsarbeiten erforderlichen Geldmittel nicht zur Verfügung stehen. Trotzdem die meisten Häuser bereits im Rohbau fertiggestellt oder noch nahezu rohbaufertig hergestellt sind, wird voraussichtlich nur ein Teil vollendet werden können. Die eingeleiteten Hilfsmassnahmen haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Polnische Kartoffeln für Deutschland. Ein Konsortium, dem große Wirtschaftsverbände angehören und das auch von den Gewerkschaften unterstützt wird, bemüht sich um einen großen Transport polnischer Kartoffeln für Deutschland, der insbesondere den großen Industriestädten zugeführt werden soll. Es handelt sich insgesamt um eine Million Tonnen, doch kann sich diese Liefermenge nach Möglichkeit noch erhöhen. Mit diesem Unternehmen wird beabsichtigt, preisregulierend auf den deutschen Kartoffelmarkt zu wirken. Als Gegenleistung soll der polnischen Landwirtschaft künstlicher Dünger geliefert werden. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, dürften aber in den nächsten Tagen zu einem guten Ergebnis führen.

Wetter bis Donnerstag mittag. Anfangs etwas kühler, zeitweise leiter, aber sehr veränderlich mit geringen Regenschauern bei mäßigen nordwestlichen Winden, später neue Erwärmung und Aufhellung bei aufsteigenden südlichen Winden.

Veranin. für den reboll. Teil: Franz Klübs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Stude, Berlin, Verlag Formaris-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Formaris-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Stern 1. Seite.



★ « Klasse » ★ Suggestion ★